

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 277.

Breslau, Montag, den 27. November 1916.

27. Jahrgang.

Im Marsch auf Bukarest.

Ueber der Donau.

Die Spitzen der ersten deutschen Truppen sind etwa 90 Kilometer vor Bukarest angekommen. Sie haben die Donau bei Sistolowa und rumänisch Zimnicea überschritten und stehen in der Gegend von Mezandria, das wieder 80 Kilometer südwestlich von Bukarest liegt. Ihr Vordringen muß zunächst im Zusammenhang mit den Fortschritten der deutschen Truppen im Westen des Landes betrachtet werden. Die kleine Walachei ist so gut wie ganz in den Händen Falkenhagens, denn die Rumänen sind hier bis an und über den Mißuß (Oltu) gewichen und dieser bildet die Grenze der kleinen und großen Walachei. Von der ersten ist Craiova, von der letzteren Bukarest die Hauptstadt. Nachdem von Süden und Südwesten her über Vidin, Lom und Ordeva ebenfalls Truppen über den Strom gingen und die Fühlung mit der Vorhut der Armee Falkenhagens gewonnen haben, ist hier die letzte Lücke im Umklammerungsring ausgefällt und die wenigen aus Orsova und den transylvanischen Alpen stammenden Bataillone, die sich in den Randgebirgen noch tapfer wehren, können am Besitze der kleinen Walachei nichts mehr ändern. Im Gegenteil, die nach Westen vordringenden Heeressteile Falkenhagens, die gestern Komitica Valcea eingenommen haben, müssen nun bald entlastend auf die von Kronstadt her eingebrachten Truppen wirken, die nördlich von Kampolung (Kimpolung) und zwischen Predeal und Sinaia noch in den Gebirgstälern kämpfen. So wird nach der kleinen die große Walachei in Angriff genommen und zu der ansehnlichen Beute an Del, Petroleum, Gummi und Benzin, die in Craiova gemacht wurde, wird sich bald neue aus der großen gefellen. Die rumänische Presse hat im ersten Augenblick über die Ereignisse in der kleinen Walachei die Sprache verloren. Die in Jassy erscheinende „Opinia“ berichtet, daß die deutschen schweren Mörser eingeleitet haben und daß die rumänische Artillerie gegen diese alles vor sich niederwerfenden Zerstörungsgeschütze nicht aufkommen konnte. Die Verbündeten sollen auf dem schnellsten Wege schwere Artillerie nach dem bedrohten Bukarest senden. Unter dem Eindruck des Rückzuges trat in Bukarest eine Konferenz zusammen, die von dem aus Jassy herbeigekehrten Minister Cosinescu geleitet wurde, und die sich mit dem Schicksal der rumänischen Oelquellen beschäftigte. Die Konferenz erkannte an, daß der Feind aus der Wegnahme der Oelfelder ungeheuren Nutzen ziehen werde, trotzdem diese es aber Rumäniens wichtigste Erbschätze und damit Rumäniens wirtschaftliche Zukunft zerstören, wollte man diese Oelquellen vollständig vernichten. Man einigte sich schließlich darauf, nur die Betriebsanlagen zu zerstören. In England beschäftigt man sich überhaupt mit der Frage: „Was würde das Ergebnis von Rumäniens Unterliegen sein?“ und beantwortet sie wie folgt: „Deutschland hofft Brot, Fleisch und andere Nahrungsmittel aus Rumänien zu gewinnen. Rumäniens Rohstoffe und gesamte Inland-Erzeugnisse würden von Deutschland wie gewöhnlich“ eingefahren werden. Rumänien verbraucht etwa 6½ Millionen Tonnen Getreide im Inland und führt etwa 3½ Millionen Tonnen aus. Würden die Rumänen auf halbe Ration gesetzt, so wäre ihr Verbrauch etwa drei Millionen Tonnen und für die Deutschen blieben 7 Millionen übrig, abgesehen von dem Vorrat, der nach von den vorangehenden Jahren übrig ist. Dann hätten die Deutschen die Möglichkeit, die Getreide-Erzeugung durch Technik zu verdoppeln. Britanniens Blockade wäre in ihrer Wirkung dadurch vernichtet. Deutschland gewänne auch Fleisch, Wolle, Pferde, Petroleum, dessen Gewinnung noch unendlich gesteigert werden kann; Deutschland und Oesterreich könnten dann unbegrenzt durchhalten.

Strategisch ist Rumänien für die Mittelmächte vor allem wichtig, weil sie für den Weg Berlin—Konstantinopel nicht allein die Verbindung über Belgrad—Nisch—Sofia hätten, sondern dann drei Routen besäßen, abgesehen von der Donau, aus der ein Kanal zur Elbe führt, so daß das Schwarze Meer zum deutsch-österreichischen See würde. Deutschland könnte Saloniki umzingeln, so daß wir die Balkan-Erhebung aufgeben müßten. Dann hätten die Mittelmächte nur statt der langen rumänischen Grenze die beschränkte gegen Rußland zu halten und würden Odesa, Nikolajew, Cherson in Rußland fruchtbarsten Zeiten bedrohen. Rußland müßte Odesa bedecken und vielleicht Armenien mit dem Ziel der Niedrigwasserung der Dniepr aufgeben. Die schwachen Neutralen, wie Griechenland, würden durch Rumäniens Niederlage beiseite gedrückt. Das Brechtige der Verbündeten als Schlichter der Schwachen würde leben.

Es fehlt Rumänien an Truppen für die lange Grenze, es fehlt ihm an Munition. Rußland sollte lieber seine

Westfront schwächen, als Rumänen im Stich lassen: das ergäbe nur einen Zeitverlust, Rumäniens Vernichtung würde ein dauernder Verlust bleiben. Ist der Feind völlig über die Grenze, so ist Rumänien verloren; Bukarest als Festung ist heute ebenso nutzlos wie Lüttich und Namur. Wie Bulgarien gefangene Serben bewaffnete, so könnten die Mittelmächte 700 000 gefangene Rumänen gegen die Verbündeten bewaffnen, deren Wagschale also um 1 400 000 länke. Fechten doch dreißig Millionen Slaven, Rumänen, Italiener gegen ihren Willen für Habsburg unter fremder Flagge.

Siegt dagegen Rumänien, so kann man dorthin als vom Zentrum aus Bulgarien oder Ungarn anreisen. Die 700 000 Mann müßten nur genügend Munition erhalten. Sie könnten Konstantinopel nehmen, Bulgarien und die Türkei festlegen, Galizien säubern, „leicht“ gegen Budapest und Wien vorstoßen. Deutschlands Niederlage in Rumänien wäre ein schwererer Schlag als Verdun und würde die auf rumänische Nahrung Hoffenden arg enttäuschen.

Das waren so die englischen Berechnungen, die nun durch den Gang der Ereignisse bitter enttäuscht wurden. Jetzt soll nun der russische Großfürst Nikolaus wieder helfen, der die Oberleitung über die Kaukasus-Armee abgegeben hat, um „ein wichtigeres Kommando in Europa“ zu übernehmen. Der Großfürst soll bereits im Hauptquartier des Zaren eingetroffen sein. Er wird also wohl zur Rettung Rumäniens bestimmt sein und gleichzeitig soll die von Venizelos erzwungene und erhaltene griechische Kriegserklärung an Bulgarien diese wohl nach Süden ablenken. Den gleichen Ablenkungswert verfolgt die erneut aufgenommene Offensive der Russen in der Dobrudscha, die aber nach dem letzten Abendbericht gúnstia für unsere Truppen abließ.

Ansichts der Entwicklung der Dinge auf dem neuen Kriegsschauplatz, ansichts des völligen Versagens der neuen Armee, die unsere Gegner retten sollte, muß man immer wieder fragen: worauf warten sie eigentlich noch, um endlich die Hand zum Frieden zu bieten. Soll selbst der Angriff und der Fall von Bukarest diese Folge noch nicht haben?

Venizelos erklärt Krieg.

London, 25. November. Exchange Telegraph-Company meldet daß die Regierung von Venizelos Bulgarien den Krieg erklärt hat.

Athen, 25. November. (Reuter.) Infolge der Kriegserklärung der provisorischen Regierung an Bulgarien ist Griechenland tatsächlich im Kriege mit Bulgarien, weil die Alliierten das Triumvirat in Saloniki als die tatsächliche griechische Regierung betrachten. Die provisorische Regierung erklärt auch Deutschland den Krieg, weil es Schiffe torpedierte, die nationalitätliche Streitkräfte führten.

Fern, 25. November. „Corriere della Sera“ spricht die Ansicht aus, Venizelos bezwecke mit der Kriegserklärung an Bulgarien und Deutschland, daß seine Truppen bei einem eventuellen Zusammenstoß mit Deutschen und Bulgaren nicht als Freischärler angesehen werden können.

Die Kampfanlage Venizelos' wird von den Blättern gelassen aufgenommen. Die „Bohische Zeitung“ meint: Der theoretischen Neutralität der Athener Regierung steht ihr praktisches Unvermögen gegenüber, ihren Krieg der Venizeliten gegen Bulgarien und Deutschland zu verhindern. Aus dieser Tatsache werden Bulgarien und seine Verbündeten — bei möglicher Schonung der Souveränität des Königreiches Griechenland — diejenigen militärischen Folgerungen ziehen, die ihnen nach der Sachlage gegeben zu sein scheinen.

Die Entwaflung.

Berlin, 27. November. Admiral Tournet übergab der griechischen Regierung die bereits angekündigte Note. Er verlangte die Auslieferung von 10 Selbsttötung bis zum 1. Dezember, den Rest bis 15. Dezember. Der Ministerat hielt darauf eine lange Beratung ab. Noch immer verhandelt, die Angelegenheit griechischen Offiziere würden der Erfüllung der Entwaflungsbedingungen Widerstand entgegensetzen. Zahlreiche Gruppen griechischer Matrosen durchsetzen mit aufbehaltenem Pulver die Straßen Athens. Die benutzlichen Zeitungen, die im Eingreifen Griechenlands an der Seite Frankreichs die einzige Möglichkeit der Neutralität der griechischen nationalliberalen Wünsche sehen, setzen den Admiral Tournet auf, ohne Folgen und Bedenken zu handeln. „Mit“ ist sogar, daß auch ein zutragern. Die antwortlichen Zeitungen dagegen drängen zum Widerstand, weil sie von der Entwaflung der Entwaflung die Neutralität und Unabhängigkeit Griechenlands bezeichnen würde. Bis jetzt besteht in Athen die größte Unruhe. In Saloniki aber ist Ruhe zu beobachten.

Berlin, 25. November. Es hat den Eindruck, daß die Neutralität Griechenlands bewirkt Fortsetzung der Gesandten Konstantinopel und seiner Verbündeten an

Athen wird gutem Vernehmen nach nicht etwa damit beantwortet werden, daß nun der griechische Gesandte in Berlin zur Abreise aufgefordert wird. Dazu liegt kein Anlaß vor, da ja nicht Griechenland, sondern die Entente unseren Gesandten aus Athen entfernt hat. Wir brauchen der Entente dafür nicht den Gefallen zu tun, daß wir uns selbst die Lehe durch das Versteifen des griechischen Gesandten ermöglichen Verbindung mit Griechenland abschneiden.

Amerika für den Frieden.

Frankfurt a. M., 27. November. (W. F. W.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York vom 26. November: Hier ist eine Konferenz hervorragender Amerikaner zur Förderung des Weltfriedens zusammengetreten. Grey und Liand sandten Botschaften, in denen sie ihre Sympathie mit der Bewegung ausdrückten. Graf Fernstorff wies in einem Schreiben auf die Erklärung des Reichskanzlers im Reichstag hin. Senator Stone sprach die Zustimmung Amerikas aus.

Friedensversammlungen in England.

Herr G. W. Ruffingham, der leitende Redakteur der „Nation“, bespricht in der Ausgabe vom 11. November den tiefen Unterschied zwischen den Ansichten der Presse und der Volkswaffen und bemerkt: „Nach der Annahme der Presse haben wir eine Nation von Kampfern bis ans Ende. Und doch wird mit Mitleid, daß die unabhängige Arbeiterpartei (I. L. P.) wöchentlich etwa 150 große aber fast leere Versammlungen abhält, die mit der einstimmigen oder fast einstimmigen Aufforderung abschließen, eine gemeinsame Erklärung vom Krieg anzueignen. Es handelt sich keineswegs um einen unbedingten Pazifismus. Die bescheidenen Ziele des Krieges werden aufrechterhalten. Aber die Versammlungsredner verlangen, daß die Staatsmänner an die Arbeit gehen sollen, um einen Frieden durch Verhandlungen herzustellen.“ Ruffingham meint, diese Haltung der I. L. P. stimmt mit den Empfindungen der Volkswaffen überein.

London, 24. November. „Manchester Guardian“ schreibt über die bevorstehende ministerielle Kampagne in England, bei der Minister in verschiedenen Städten des Landes Reden halten werden, die allgemeine Erklärung für diese Kampagne sei, daß sie ein Gegengewicht gegen das Austreten der unabhängigen Arbeiterpartei zugunsten der Friedensverhandlungen bilden solle. „Manchester Guardian“ bezweifelt die Richtigkeit dieser Erklärung und gibt gleichzeitig eine andere, nämlich, daß das Land zu neuen Opfern aufgefordert werden müsse, wenn der Krieg siegreich beendet werden solle.

Neuer Friedensvorschlag.

Rom, 25. November. Die sozialdemokratische Partei brachte in der italienischen Kammer einen Antrag ein, der die Regierung auffordert, gestützt auf die letzten feierlichen Erklärungen von englischer und deutscher Seite, die Initiative zu ergreifen, um im Einverständnis mit den verbündeten Regierungen und unter Vermittlung Amerikas und der anderen neutralen Staaten einen Friedenskongreß zusammenzubekufen.

Die Aufnahme dieses Antrages durch die kriegsgeheerischen Blätter ist natürlich durchaus feindselig. Ganz wie bei uns.

Norwegens Stimmung wird besser.

Christiania, 25. November. Die norwegische Öffentlichkeit hat sich immer mehr von der Verzweiflung und Gefährlichkeit des deutschen U-Bootkrieges überzeugt. Ein weiteres Zeichen dafür ist der heutige Artikel des norwegischen Arbeiterblattes „Handels- og Sjofartstidende“, welche schreibt, der U-Bootkrieg sei eine Geschäfts- und Versicherungssache.

Kopenhagen, 25. November. Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ schreibt Morning Post: Die U-Boote haben Deutschland bei der Durchführung seines Krieges sehr geholfen. Es hat sich bisher noch keine entsprechende Gegenmaßnahme erkennen lassen. Die Folge ist, daß tatsächlich England nicht Deutschland, wohl aber Deutschland England blockiert. Wir prophezeien, daß unsere Lande, wenn weiter gehandelt wird, daß die Dinge so weitergehen, nicht mehr als ein Jahr lang bestehen werden. Wenn die Regierung der U-Boote nicht abnimmt, so muß die U-Boote abnehmen. Die U-Boote haben die U-Boote abnimmt, so muß die U-Boote abnehmen. Die U-Boote haben die U-Boote abnimmt, so muß die U-Boote abnehmen. Die U-Boote haben die U-Boote abnimmt, so muß die U-Boote abnehmen.

Volksmacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Grunpferstr. 7, und durch Kolportage zu beziehen. Preis pro Woche 25 Pf., für 2 Monate 1.00 M., für 3 Monate 1.50 M., für 6 Monate 3.00 M., frei ins Haus 3.50 M., keine Post am Orte 3.94 M.

Angewandte Besorgung für die einstufige Kolonial- oder zweifache Nummer 20 Pf., Doppelt unter Zeit 40 Pf., für Arbeitsmarkt, Berlin u. Veramml. 15 Pf., Angelegen Familien-Nachrichten 30 Pf., Angelegen für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 277.

Breslau, Montag, den 27. November 1916.

27. Jahrgang.

Im Marsch auf Bukarest.

Ueber der Donau.

Die Spitzen der ersten deutschen Truppen sind etwa 90 Kilometer vor Bukarest angekommen. Sie haben die Donau bei Sistova und rumänisch Jimnicea überschritten und stehen in der Gegend von Alexandria, das wieder 80 Kilometer südwestlich von Bukarest liegt. Ihr Vordringen muß zunächst im Zusammenhang mit den Fortschritten der deutschen Truppen im Westen des Landes betrachtet werden. Die kleine Walachei ist so gut wie ganz in den Händen Falkenhayns, denn die Rumänen sind hier bis an und über den Mißfuß (Niu) gewichen und dieser bildet die Grenze der kleinen und großen Walachei. Von der ersten ist Craiova, von der letzteren Bukarest die Hauptstadt. Nachdem von Süden und Südwesten her über Vidin, Lom und Orsova ebenfalls Truppen über den Strom gingen und die Fühlung mit der Vorhut der Armee Falkenhayns gewonnen haben, ist hier die letzte Lücke im Umklammerungsring ausgefüllt und die wenigen aus Orsova und den transylvanischen Alpen stammenden Bataillone, die sich in den Randgebirgen noch tapfer wehren, können am Besten der kleinen Walachei nichts mehr ändern. Im Gegenteil, die nach Westen vordringenden Heeresteile Falkenhayns, die gestern Rumänien Valcea eingenommen haben, mühen nun bald entlastend auf die von Kronstadt her eingebrochenen Truppen wirken, die nördlich von Kampolung (Kimpolung) und zwischen Bredeal und Sinaia noch in den Gebirgstälern kämpfen. So wird nach der kleinen die große Walachei in Angriff genommen und zu der ansehnlichen Beute an Del, Petroleum, Gummi und Benzin, die in Craiova gemacht wurde, wird sich bald neue aus der großen gefellen. Die rumänische Presse hat im ersten Augenblick über die Ereignisse in der kleinen Walachei die Sprache verloren. Die in Jassy erscheinende „Opinia“ berichtet, daß die deutschen Schützen Mörser eingeleitet haben und daß die rumänische Artillerie gegen diese alles vor sich niederwerfenden Geförderungsgeschütze nicht auskommen konnte. Die Verbündeten sollen auf dem schnellsten Wege schwere Artillerie nach dem bedrohten Bukarest senden. Unter dem Eindruck des Rückzuges trat in Bukarest eine Konferenz zusammen, die von dem aus Jassy herbeigekommenen Minister Cosinescu geleitet wurde, und die sich mit dem Schicksal der rumänischen Oelquellen beschäftigte. Die Konferenz erkannte an, daß der Feind aus der Weynahme der Oelfelder ungeheuren Nutzen ziehen werde, trotzdem diese es aber Rumänien wichtigste Erdölquelle und damit Rumänien wirtschaftliche Zukunft zehören, wollte man diese Oelquellen vollständig vernichten. Man einigte sich schließlich darauf, nur die Betriebsanlagen zu zerstören. In England beschäftigt man sich überhaupt mit der Frage: „Was würde das Ergebnis von Rumänien sein?“ und beantwortet sie wie folgt: „Deutschland hofft Brot, Fleisch und andere Nahrungsmittel aus Rumänien zu gewinnen. Rumänien Rohstoffe und gesamte Inland-Erzeugnisse würden von Deutschland wie gewöhnlich eingeschlagen werden. Rumänien verbraucht etwa 6 1/2 Millionen Tonnen Getreide im Inland und führt etwa 3 1/2 Millionen Tonnen aus. Würden die Rumänen auf halbe Ration gesetzt, so wäre ihr Verbrauch etwa drei Millionen Tonnen und für die Deutschen blieben 7 Millionen übrig, abgesehen von dem Vorrat, der noch von den vorangehenden Jahren übrig ist. Dazu hätten die Deutschen die Möglichkeit, die Getreide-Erzeugung durch Technik zu verdoppeln. Britanniens Vorrat wäre in ihrer Wirkung dadurch vernichtet. Deutschland gewänne auch Fleisch, Wolle, Pferde, Petroleum, dessen Gewinnung noch unendlich gesteigert werden kann; Deutschland und Oesterreich könnten dann unbegrenzt durchhalten.“

Strategisch ist Rumänien für die Mittelmächte vor allem wichtig, weil sie für den Weg Berlin-Konstantinopel nicht allein die Verbindung über Belgrad-Nisch-Sofia hätten, sondern dann drei Routen beläßen, abgesehen von der Donau, aus der ein Kanal zur Elbe führt, so daß das Schwarze Meer zum deutsch-österreichischen See würde. Deutschland könnte Saloniki umzingeln, so daß wir die Balkan-Erhebung aufgeben müßten. Dann hätten die Mittelmächte nur noch der langen rumänischen Grenze die beherrschende gegen Rußland zu halten und würden Odesa, Nikolajew, Cherson in Rußland fruchtbarsten Teilen bedrohen. Rußland müßte Odesa räumen und vielleicht Armenien mit dem Ziel der Niederwerfung der Türkei aufgeben. Die schwankenden Neutralen, wie Griechenland, würden durch Rumänien Niederlage beeinflusst. Das Prestige der Verbandsmächte als Schützer der Schwachen würde leiden.

Es fehlt Rumänien an Truppen für die lange Grenze, es fehlt ihm an Munition. Rußland sollte lieber seine

Westfront schwächen, als Rumänien im Stich lassen: das ergäbe nur einen Zeitverlust. Rumänien's Vernichtung würde ein dauernder Verlust bleiben. Ist der Feind völlig über die Grenze, so ist Rumänien verloren; Bukarest als Festung ist heute ebenso nutzlos wie Lüttich und Namur. Wie Bulgarien gefangene Serben bewaffnet, so könnten die Mittelmächte 700 000 gefangene Rumänen gegen die Verbandsmächte bewaffnen, deren Waagschale also um 1 400 000 sankt. Fechten doch dreißig Millionen Slawen, Rumänen, Italiener gegen ihren Willen für Habsburg unter fremder Flagge.

Geht dagegen Rumänien, so kann man vorher als vom Zentrum aus Bulgarien oder Ungarn anreisen. Die 700 000 Mann müßten nur genügend Munition erhalten. Sie könnten Konstantinopel nehmen, Bulgarien und die Türkei schleusen, Galizien säubern, „leicht“ gegen Budapest und Wien vorstoßen. Deutschlands Niederlage in Rumänien wäre ein schwererer Schlag als Verdun und würde die auf rumänische Nahrung Hoffenden ara enttäuschen.“

Das waren so die englischen Berechnungen, die nun durch den Gang der Ereignisse bitter enttäuscht wurden. Jetzt soll nun der russische Großfürst Nikolaus wieder helfen, der die Oberleitung über die kaukasus-Armee abgegeben hat, um „ein wichtigeres Kommando in Europa“ zu übernehmen. Der Großfürst soll bereits im Hauptquartier des Jaren eingetroffen sein. Er wird also wohl zur Rettung Rumänien bestimmt sein und gleichzeitig soll die von Venizelos erwünschte und erhaltene griechische Kriegserklärung an Bulgarien diese wohl nach Süden ablenken. Den gleichen Ablenkungszweck verfolgt die erneut aufgenommene Offensive der Russen in der Dobrudscha, die aber nach dem letzten Abendbericht quäntia für unsere Truppen abließ.

Anschließend der Entdeckung der Dinge auf dem neuen Kriegsschauplatz, angesichts des völligen Zerfalls der neuen Armee, die unsere Gegner retten sollte, muß man immer wieder fragen: worauf warten sie eigentlich noch, um endlich die Hand zum Frieden zu bieten. Soll selbst der Angriff und der Fall von Bukarest diese Folge noch nicht haben?

Venizelos erklärt Krieg.

London, 25. November. Exchange Telegramm-Company meldet, daß die Regierung von Venizelos Bulgarien den Krieg erklärt hat.

Athen, 25. November. (Reuter.) Infolge der Kriegserklärung der provisorischen Regierung an Bulgarien ist Griechenland tatsächlich im Krieg mit Bulgarien, weil die Allierten das Triumvirat in Saloniki als die tatsächliche griechische Regierung betrachten. Die provisorische Regierung erklärt auch Deutschland den Krieg, weil es Schiffe torpedierte, die nationalitätliche Streitkräfte führten.

Fern, 25. November. „Corriere della Sera“ spricht die Ansicht aus, Venizelos bezwecke mit der Kriegserklärung an Bulgarien und Deutschland, daß seine Truppen bei einem eventuellen Zusammenstoß mit Deutschen und Bulgaren nicht als Freischärler angesehen werden können.

Die Kampfanfrage Venizelos' wird von den Blättern gelassen aufgenommen. Die „Bosnische Zeitung“ meint: Der theoretischen Neutralität der Athener Regierung steht ihr praktisches Unvermögen gegenüber, den Krieg der Venizelisten gegen Bulgarien und Deutschland zu verhindern. Aus dieser Tatsache werden Bulgarien und seine Verbündeten — bei möglicher Schonung der Souveränität des Königreiches Griechenland — diejenigen militärischen Folgerungen ziehen, die ihnen nach der Sachlage gegeben zu sein scheinen.

Die Entwaflung.

Berlin, 27. November. Admiral Jauréguiberry übernahm der griechischen Regierung die bereits angekündigte Note. Er verlangt die Auslieferung von 10 Selbsttötenden bis zum 1. Dezember, den Rest bis 15. Dezember. Der Ministerrat hielt darauf eine lange Beratung ab. Noch immer verweigert die Alliierten griechischen Offiziere würden der Erfüllung der Entwaflungsbedingungen Widerstand entgegenzusetzen. Zahlreiche Gassen griechischer Matrosen durchstreifen mit aufgesperrtem Bajonett die Straßen Athens. Die denkwürdigen Zeitungen, die im Eingreifen Griechenlands an der Seite Frankreichs die einzige Möglichkeit der Bewahrung der griechischen nationalen Wünsche sehen, haben den Admiral Jauréguiberry auf, ohne Fügern und Bedenken zu handeln. „Mit“ ist sogar, daß auch die Alliierten die Entwaflung der griechischen Streitkräfte drängen zum Widerstand, weil die von der Entente geordnete Entwaflung die Neutralität und Unabhängigkeit Griechenlands beeinträchtigen würde. Bis jetzt herrscht in Athen die größte Unruhe; kein Zweifel, daß es heute zu Verwicklungen kommen wird.

Berlin, 27. November. Die von der Entente unter Vermeidung Griechenlands bewirkte Fortschaffung der gesamten deutschen und seiner Verbündeten

Athen wird gutem Vernehmen nach nicht etwa damit beantwortet werden, daß nun der griechische Gesandte in Berlin zur Abreise aufgefordert wird. Dazu liegt kein Anlaß vor, da ja nicht Griechenland, sondern die Entente unseren Gesandten aus Athen entfernt hat. Wir brauchen der Entente dafür nicht den Gefallen zu tun, daß wir uns selbst die Lehe durch das Verleihen des griechischen Gesandten ermöglichen Verbindung mit Griechenland abschneiden.

Amerika für den Frieden.

Frankfurt a. M., 27. November. (W. L. Z.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York vom 26. November: Hier ist eine Konferenz hervorragender Amerikaner zur Förderung des Weltfriedens zusammengetreten. Grey und Liand sandten Botschaften, in denen sie ihre Sympathien mit der Bewegung ausdrückten. Graf Fernstorff wies in einem Schreiben auf die Erklärung des Reichskanzlers im Reichstag hin. Senator Stone sprach die Zustimmung Amerikas aus.

Friedensversammlungen in England.

Serr G. W. Rasingham, der leitende Redakteur der „Nation“, bespricht in der Ausgabe vom 11. November den tiefen Unterschied zwischen den Ansichten der Presse und der Volkswaffen und bemerkt: „Nach der Annahme der Presse haben wir eine Nation von Kämpfern bis ans Ende. Und doch wird mit Mitleid, daß die unabhängige Arbeiterpartei (F. L. S.) wöchentlich etwa 150 große aber fast leere Versammlungen abhält, die mit der einstimmigen oder fast einstimmigen Aufforderung abschließen, eine gemäßigtere Auffassung vom Krieg anzunehmen. Es handelt sich keineswegs um einen unbedingten Pazifismus. Die bestreutenden Ziele des Krieges werden aufrechterhalten. Aber die Versammlungsredner verlangen, daß die Staatsämter an die Arbeit gehen sollen, um einen Frieden durch Verhandlungen herzustellen.“ Rasingham meint, diese Haltung der F. L. S. stimmt mit den Empfindungen der Volkswaffen überein.

London, 24. November. „Manchester Guardian“ schreibt über die bevorstehende ministerielle Kampagne in England, bei der Minister in verschiedenen Städten des Landes Reden halten werden, die allgemeine Erklärung für diese Kampagne sei, daß sie ein Gegengewicht gegen das Auftreten der unabhängigen Arbeiterpartei zugunsten der Friedensverhandlungen bilden solle. „Manchester Guardian“ begreift die Richtigkeit dieser Erklärung und gibt gleichzeitig eine andere, nämlich, daß das Land zu neuen Opfern aufgefordert werden müsse, wenn der Krieg siegreich beendet werden solle.

Neuer Friedensvorschlag.

Rom, 25. November. Die sozialdemokratische Partei brachte in der italienischen Kammer einen Antrag ein, der die Regierung auffordert, gestützt auf die letzten feierlichen Erklärungen von englischer und deutscher Seite, die Initiative zu ergreifen, um im Einverständnis mit den verbündeten Regierungen und unter Vermittlung Amerikas und der anderen neutralen Staaten einen Friedenskongress zusammenzuberaufen.

Die Aufnahme dieses Antrages durch die kriegsbezüglichen Blätter ist natürlich durchaus feindselig. Ganz wie bei uns.

Norwegens Stimmung wird besser.

Christiania, 25. November. Die norwegische Öffentlichkeit hat sich immer mehr von der Berechtigung und Gekühnheit des deutschen U-Bootkrieges überzeugt. Ein weiteres Zeichen dafür ist der heutige Artikel des norwegischen Neederblattes „Dannels-Og Eioersart-Libende“, welche schreibt, der U-Bootkrieg sei eine Geschick- und Versicherungssache.

Rotterdam, 25. November. Laut „Nieuwe Rotterdam Cour.“ schreibt „Morning Post“: Die U-Boote haben Deutschland bei der Durchführung seines Kriegsplans sehr geholfen. Es hat sich bisher noch keine entsprechende Gegenmaßnahme dafür gefunden. Die Folge ist, daß tatsächlich England nicht Deutschland, wohl aber Deutschland England blockiert. Wir prophezeien, daß unsere Landallüren, wenn weiter gehandelt wird, daß die Dinge so bleiben, wie jetzt, mit einem Herzensschmerz gemacht werden. Wenn die Regierung das gleiche Vertrauen nicht verleiht, so muß sich früher oder später herausstellen, daß Talentslosigkeit und Unfähigkeit in der Kriegsführung eben nur menschliche Tugenden sind, die nicht zu überwinden sind.

Die Ueberschreitung der Donau.

Großes Hauptquartier, 25. November 1916. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Südwestlich von Riga verstärkte sich zeitweilig die Artillerie-tätigkeit.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Im Strygo-Gebirge wurde ein feindlicher Angriff an der Baica-Regara blutig zurückgeschlagen. Südlich des Alt-Durachbruchs durch die Karawanken-Alpen entziffen sich hartnäckiger Genenwehr deutsche und österreich-ungarische Truppen den Rumänen mehrere Ortsschaften. Wieder wurden dabei 3 Offiziere, 800 Mann gefangen genommen. Widerstand des Feindes in der Niederung des unteren Alt wurde gebrochen; wir überschritten dort den Fluß.
An der Westgrenze Rumaniens von ihrer Hauptarmee abgeschnittene rumänische Bataillone wehren sich noch zäh in den Waldbergen nordöstlich von Turza-Seberin.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der Dobrudscha gegenseitiges Artilleriefeuer.
Nach Ueberschreitung der Donau von Süden her haben Kräfte der verbündeten Mittelmächte auf rumänischen Boden Fuß gefaßt. Bei Macovita beteiligten sich wieder Landes-einwohner am Kampfe gegen unsere Truppen.

Macedonische Front.

Außer von vergeblichen Versuchen der Italiener nördwestlich von Monastir, der Serben nördlich von Grunisse ist nichts zu berichten.

Der Erste General-Quartiermeister.
Ludendorff.

Ueber den Alt und vor Alexandria.

Großes Hauptquartier, 26. November 1916. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Kein und keine größeren Kampfhandlungen.
Nach durchgeführter Patrouillen-Unternehmung medien-burglicher Grenadiere und Jäger und des Infanterie-Regiments Bremen nordöstlich von Arras brachen aus dem englischen Graben 26 Gefangene ein.

Nordöstlich von Beaumont hatten Abteilungen des baltischen Infanterie-Regiments Nr. 185 vier Offiziere und 157 Engländer, sowie ein Maschinengewehr aus der feindlichen Stellung.

Heeresgruppe des deutschen Kronprinzen.

Im Arment-Walde südlich von El. Mijel griff nach unserer Gegenwehr französische Infanterie an. Sie wurde abgewiesen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nahe der Dflee-Röhe, nördlich von Smorgen, sowie an der Serwisch- und Scherz-Front nahm das feindliche Artilleriefeuer zu.
Stärkere Abteilungen, die nicht am Meer, in Gebirg von Kraschia und bei Djizert im Gebiet des oberen Styr vor-gingen, wurden zurückgedrängt.

Front des Generaloberst Erzherzog Josef.

Wieder gingen bei Balkan Regara im Strygo-Gebirge zahlreiche Kompanien ohne jeden Erfolg unter Einwirkung an.

Im Mittel ist Kommando Petras genannt. Auf den Höhen nördlich von Curica de Arges löste der Feind nach hartnäckigen Widerstand.

Im Gebirge südlich des unteren Alt hat weiter Führung des Generalleutnants Grafen von Schemmelen deutsche Kavallerie eine sich zum Kampf stehende rumänische Kavallerie-Division geworfen und ist in siegreichem Ver-wärtsdrängen.

Die von Alt südwärts führenden Straßen sind mit hindern Fahrzeugen besetzt, deren Weg sich durch in Brand gesetzte Ortsschaften versperrt.

Mit den über die Donau gegangenen Kräften ist Gültung aufgenommen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Ein durch Feuer von der westlichen Front her feindlicher Schützen Kampf der Höhe gegen den linken Flügel der deutschen Artillerie.

Unter den Höhen des Generalleutnants Grafen von Schemmelen ist der Westflügel der für die weiteren Durchdringung in West-Rumänien bestimmten Donau-Armee vollständig durchgefallen. Wir haben vor Macovita.

Der Ueberwindung des hohen Trosses sind unsere geschwundenen Kräfte durch die Kommandos nicht in dem-maligen Maße unter unserer Führung und Teile der deutschen Artillerie-Kräfte der L. u. I. Divisionen unter Kommando des Generalleutnants Grafen von Schemmelen und der Generalleutnants Grafen von Schemmelen.

Macedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.
Der Erste General-Quartiermeister.
Ludendorff.

Uebersicht vom 25. November.

Unter südlich von Macovita sind unsere Kräfte nicht zurückgedrängt.

In Dobrudscha und an macedonischer Front für und gegen unsere Kräfte.

Im Mittel ist Kommando Petras genannt.

Im Mittel ist Kommando Petras genannt.

Im Mittel ist Kommando Petras genannt.

Im Mittel ist Kommando Petras genannt.

Im Mittel ist Kommando Petras genannt.

Im Mittel ist Kommando Petras genannt.

Im Mittel ist Kommando Petras genannt.

Im Mittel ist Kommando Petras genannt.

Ein Tag der Luftkämpfe.

Frankfurter Heeresbericht vom 24. November.

Am 23. November lieferten in Vohringen drei englische Flugzeuge mehreren deutschen Flugzeugen einen Kampf. Ein feindliches Flugzeug wurde im Walde von Gremoch abgeschossen. Am 23. November lieferten an der Sommerfront unsere Jäger 40 Abschüsse, wobei fünf deutsche Flugzeuge abgeschossen wurden. Quartiermeister Hochstetler brachte bei Manoncourt sein sechstes Flugzeug zum Absturz, Leutnant Dorn sein zehntes südlich des Seelzes von Baum. Es bestätigt sich, daß im Verlaufe des 22. November Gummener sehr zweifels-freies Flugzeug in der Gegend von Bülkingen abwich, jedoch die Anzahl der von ihm abgeschossenen Flugzeuge 23 betrug. Sechs unserer Flugzeuge waren vier Granaten von 12 Zentimeter auf Brures. Eine unserer Flugzeugabwehrer beschoß zwischen 3 1/2 und 7 Uhr den Flugplatz von Ohjelles. Es wurden 171 Granaten von 12 Zentimeter abgeworfen. In der Nacht zum 24. November zwischen 9 Uhr abends und 1 Uhr morgens beschossen vier unserer Flugzeuge Hochstetler und Schürten von Bülkingen an der Saar. Bei dieser Unternehmung wurden 12 Granaten von 12 Zentimeter und 12 Granaten von 15,5 Zentimeter abgeworfen, die, wie geglaubt wird, ihr Ziel gut trafen. Unsere Flugzeuge lieferten ohne Zwischenfall zurück.

Die „Britannic“ als Minenopfer.

London, 25. November. „Daily News“ meldet aus Athen vom 23. d. Mts.: Es ist nicht möglich, Sicherheit darüber zu bekommen, auf welche Weise der Dampfer „Britannic“ gesunken ist, so daß es dahingestellt bleiben muß, ob das Schiff durch einen Torpedoengriff oder durch eine Minenexplosion gesunken ist. Ueber die Untersuchung wird strengstes Still-schweigen bewahrt.

Es ist wahrscheinlich, daß der Gegenstand, der die Explosion verursachte, nur die äußerste Rand des Schiffes ver-rückte hat und nicht, wie ein Torpedo es getan haben würde, durchgedrungen ist.

Die Engländer über den Flottenbesuch.

London, 25. November. Die Admiralität teilt mit: In der Nacht vom 23. zum 24. November verließen sechs deutsche Torpedobootszerstörer sich dem nördlichen Ende der Downs zu nähern. Sie wurden von einem Wach-torpedoboot gesichtet. Der Feind gab schnell umkehren zu sich und fuhr dann unmerklich fort. Eine Granate traf einen „Drifter“. Von der Besatzung wurde niemand verletzt. Es wurden nur die Aufbauten des Schiffes be-schädigt. In der Nähe der offenen Stadt Ramsgate ist nirgends eine Granate niedergefallen.

Amtliche Berichte der Verbündeten.

Der österreichische Bericht.

Wien, 26. November. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Donau-Armee hat die Gegend bei Alexandria erreicht. Bei Durchdringung des West-Flügels, der durch ein-geleitete Hochwasser besonders erschwert war, hatten die I. und II. Donau-Armee unter Kommando des Divisional-Kapitäns Lucich und österreichisch-ungarische Frontabteilungen des General-majors Gumpf herovorgeschoben. Bei Umlauf, nördlich von Schemmelen, wurde durch unsere Jäger ein feindlicher Jarman ab-geschossen.

Heeresgruppe des Generaloberst Erzherzog Josef.

Deutsche Kavallerie unter Führung des General-leutnants Grafen Schemmelen war südlich des unteren Alt eine feindliche Kavallerie-Division gesichtet. Südlich von Curica im Mittel wurde genommen, weiter südlich, wo der Feind nach hartnäckigen Widerstand löste, näherten sich unsere Truppen Curica de Arges. Ein neuer Angriff russischer Kompanien in der Gegend südwestlich von Curica blieb ebenfalls erfolglos.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Stärkere Abteilungen, die bei Djizert am oberen Styr vor-gingen, wurden durch unser Feuer vertrieben.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Karz-Hochfläche war der Schützling vertrieben. Im Karz-Gebirge wurde feindliche Kavallerie durch unsere Artillerie. Stroh unserer Flug-zeugabwehrer warf auf die Bahnlagen und Baracken von Tarnitz zurück.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Mackensen.

Der Generalleutnant des Stabs des Generaloberst von Schemmelen, stellvertretender Kommandant.

Amtliche Berichte der Gegner.

Frankfurter Heeresbericht vom 25. November nachmittags.

Der Verlust der Nacht ist außer der üblichen Beschädigung nicht zu berichten.

Luftkrieg: Am 24. November zwischen 11 und 1 Uhr nachmittags kam eine Gruppe englischer Jagdflugzeuge die Gegend von Vöhringen (Saarbrücken). Im Verlaufe dieser Unternehmung wurden 1000 Flugzeugen Explosivstoffe ab-geschossen. Die meisten Geschosse trafen ihr Ziel. Ein feindliches Flugzeug wurde auf dem Rückwege abgeschossen.

Ordnung: Keil und Regen konnten während des 24. November die Operationen. Die Serben schlugen vier feindliche Angriffe in der Gegend von Grunisse ab. Die deutschen Truppen trafen zeitlich von Grunisse vor.

Vom 25. November abwärts. Gemäß reger Tätigkeit der feindlichen Artillerie in der Gegend des Forts Karz. In der Gegend von Grunisse sind keine Veränderungen.

Frankfurter Heeresbericht vom 24. November.

Die feindliche Artillerie war über unsere Kräfte in der Gegend von Grunisse. Die deutschen Truppen trafen zeitlich von Grunisse vor.

Die feindliche Artillerie war über unsere Kräfte in der Gegend von Grunisse. Die deutschen Truppen trafen zeitlich von Grunisse vor.

Die feindliche Artillerie war über unsere Kräfte in der Gegend von Grunisse. Die deutschen Truppen trafen zeitlich von Grunisse vor.

Die feindliche Artillerie war über unsere Kräfte in der Gegend von Grunisse. Die deutschen Truppen trafen zeitlich von Grunisse vor.

Die feindliche Artillerie war über unsere Kräfte in der Gegend von Grunisse. Die deutschen Truppen trafen zeitlich von Grunisse vor.

Die feindliche Artillerie war über unsere Kräfte in der Gegend von Grunisse. Die deutschen Truppen trafen zeitlich von Grunisse vor.

Die feindliche Artillerie war über unsere Kräfte in der Gegend von Grunisse. Die deutschen Truppen trafen zeitlich von Grunisse vor.

Die feindliche Artillerie war über unsere Kräfte in der Gegend von Grunisse. Die deutschen Truppen trafen zeitlich von Grunisse vor.

Angriff mit ungeheurer Gewalt. Die deutschen Kräfte durch das Feuer unserer Geschütze, Bomben und Artillerie in seine Gräben zurück.

Auf der übrigen Front der gewöhnliche Feuerkampf. In der Gegend von Grunisse: Es ist nichts von Bedeutung zu berichten.

Rumänische Front: 1. Siebenbürgen: Der Feind im Tale des Nistrußes energisch an und bei die rumänischen Truppen ein wenig in südlicher Richtung zurückgedrängt. Der Feind ergreift Gelegenheiten auch in der Gegend von Slatina und auch die Rumänen, sich jenseits des Nistrußes zurückzuziehen. Bei Jimnicea gingen deutsche Truppen auf das II. Donau-Wer zurück. 2. Donaufront: In der Dobrudscha haben wir durch unser Feuer Versuche des Gegners, unsere Kräfte anzugreifen, ab.

Rumänischer Heeresbericht vom 24. November.

Rumänische Front: In der Gegend von Grunisse keine Veränderung. Von der Grenze bei Grunisse bis in die Gegend von Dragostale schwache Artilleriebeschädigung. Im Mittel-Lal Artilleriebeschädigung auf dem rechten Flügel und im Zentrum. Auf dem linken Flügel griff der Feind heftig an. In Dikente (P) zogen sich unsere Truppen unter dem Druck der an Zahl überlegenen Feinde in den Ort zurück.

Südfront: Infanterie und Artilleriebeschädigung längs der ganzen Front. Bei Salafat erbeuteten wir ein feindliches Flugzeug. In der Umgebung von Jimnicea heftige Artilleriebeschädigung. Der Feind versucht zu landen. In der Dobrudscha rücken wir auf der ganzen Front vor, besonders im Zentrum und auf dem linken Flügel, wo wir die Dörfer Selengie, Pazerie, Esterie, Balzintie und Lafaul besetzen.

Italienischer Heeresbericht vom 26. November.

Längs der ganzen Front stärkere Tätigkeit der beiden feindlichen Artillerien. Die unsere zerstörte die feindlichen Verteidigungswerte im Gebiete von Tonale (Gamonical) und führte die feindlichen Bewegungen im Etzh- und im Alti-tal. Außerdem belästigten sie mit Schüssen das feindliche Artillerie. Feindliche Flugzeuge versuchten mehrere Ueberfälle auf verschiedene Punkte des Kriegsschauplatzes. Sie wurden durch das Feuer der Artillerie und durch rasche Eingreifen unserer Jäger zurückgeschlagen. Ein feindliches Flugzeug wurde, dem es gelungen war, einige Bomben auf Solmezzo abzuwerfen, ohne Opfer und Schaden zu verursachen, wurde von unseren Flugzeugen angegriffen und zerstört. Bei der Verfolgung wurde ein feindliches Flugzeug zum Absturz gebracht. Einer der Jäger ist tot, der andere wurde gefangen genommen. Ein anderes feindliches Flugzeug wurde im Luftkampf bei Stalla, südlich von Görz, zum Absturz gebracht.

14 000 elternlose polnische Kinder.

Die Zahl der polnischen Kinder, die während der Aufruhr Polens ihren Eltern abhanden gekommen sind, ist außerordentlich groß. Nach Meldungen aus Petersburg befinden sich in den verschiedenen Teilen Rußlands 14.000 Kinder, die den Namen ihrer Eltern nicht angeben können und zum Teil nicht einmal wissen, wo sie her kommen. Die Behörden werten, die in den Waisenhäusern untergebracht sind, werden deshalb neue Namen erhalten und, wie die polnischen Waisenkinder, der polnischen Nation für immer verloren gehen. — Das ist jenseitig nicht das Wichtigste. Aber daß überhört 14.000 junge Wesen in die Welt hinausgeschoben werden und Tausende von Müttern vergeblich nach ihren Kindern rufen, das ist ein besonderes Kennzeichen der „großen“ Zeit.

Kohlenmangel auch in Frankreich.

Paris, 25. November. In Semur-en-Auxois in Frankreich mußte die Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Versorgung wegen Erschöpfung der Kohlenvorräte der Betrieb einstellen. Der Kohlenmangel wird mit der Transportkrise begründet. — „Le Petit Journal“ berichtet aus Roulin: Die ganze Stadt ist ohne Kohle. Man würde bei allen Kindern nicht einmal zwei Tonnen zusammenbekommen. Auch hier soll die Transportkrise Schuld sein. — Aus Bordeaux meldet das gleiche Blatt, wenn die Regierung nicht bald Abhilfe schafft, würden die wichtigsten Kriegs-industrien der Stadt lahmgelegt. Hier begründete die Stadtverwaltung die mangelhafte Kohlenversorgung mit der Ver-senkung vieler neutraler Dampfer, die Kohle nach Bordeaux bringen sollten.

Kleine Kriegsnachrichten.

Ueber den Unfall der „Deutschland“ im Hafen von New-York: Als die „Deutschland“ die amerikanischen Gewässer verließ, verlor der Schlepper „Tussock junior“, am Bug der „Deutschland“ vorbeizufahren. Der scharfe Schiffsbug der „Deutschland“ bohrte sich jedoch in den Schlepper hinein und riß ihn fast auseinander. Obgleich die oberflächliche Untersuchung keinen Schaden an der „Deutschland“ erkennen ließ, so fürchtete man doch, daß durch den Zusammenstoß die Wasser-tank gelitten haben könnte. Das Schiff kehrte deshalb zum Ankerplatz zurück. Inzwischen hat unser Handelsdampfer bereits wieder die Heimreise angetreten.

Ausdehnung der Zivildienstpflicht in Italien. Das römische Amtsblatt enthält eine Verordnung, in der die Aus-dehnung der für Italien bereits bestehenden Arbeitspflicht auf alle staatlichen Kriegsdienstleistungen und alle verwandten Hand-lungsarten verfügt wird.

Deutscher Gerand kehrt auf seinen Posten zurück. Die amerikanische Postgesellschaft teilte mit, daß die Gerände, nach dem Deutscher Gerand nicht auf seinen Posten nach Berlin zurück-kehrt, jeglicher Grundlage entbehren, und daß er sich tatsächlich binnen kurzem nach Berlin begeben.

Konferenz in Costa. Abgeordneter Konemann hielt in Costa einen Vortrag über „Das deutsche Volk im Weltkriege“. Unter dem Vortrage, die den großen Saal des Offiziersclubs bis auf den letzten Platz füllten, befanden sich Ministerpräsident Rodolano, die Reichsregierung, der deutsche Gesandte, mehrere Generäle und zahlreiche Abgeordnete. Die Anwesenden, die den Vorträgen des Konemann über die innere Band-lagen des deutschen Volkes während des Krieges mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten, lobten dem Vortragenden mit reichstem Beifall.

Zehn Prozent mehr. „L'Echo“ meldet, die Pariser Gerichte hätten eine allgemeine Preiserhöhung um zehn Prozent beschlossen.

Geschickert. „Le Petit Parisien“ meldet aus Trier: Der römische Dampfer „Feldberg“ ist auf der Höhe der Insel Helgoland gesunken. Die Besatzung wurde gerettet.

Die 694. amtliche Verleisung

am 25. d. M. folgende Truppenliste vom 5. und 6. Armeekorps: Grenadier-Regiment, Infanterie-Regiment und Jäger-Regiment: Nr. 22, 50, 51, 62, 63, 154, 155, 156, 157; Reiter-Regiment: Nr. 22, 51; Landwehr: Nr. 19, 22, 23, 51; Landwehr-Infanterie-Regiment 1. Bataillon: Nr. 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Das Dienstpflichtgesetz im Hauptauschuss.

Deutscher Reichstag.

75. Sitzung.

Donnerabend, den 25. November, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesrat: Dr. Helfferich.
Präsident Dr. Kämpf: Liebherr haben sich in den letzten Tagen unter aller Blide nach dem Kaiserpalast in Schönbrunn gerichtet, wo Se. Majestät der Kaiser und König Franz Joseph im ehrwürdigen Alter die Augen zur letzten Ruhe geschlossen hat. Welch ein Lebensweg ist damit zu seinem Endziel gekommen! Im jugendlichen Alter von 18 Jahren, während einer die Geister aufrührenden Revolution auf den Thron gelangt, schließt er seine Herrscherfähigkeit mitten in dem Weltkriege, den das Schicksal dazu bestimmt hat, völkerverwundend die Geschichte der Nationen zu beeinflussen. Was zwischen dem 2. Dezember 1848 und dem 21. November 1916 geschehen, umfaßt mehr als ein einzelnes Menschenleben umfassen kann. Schwere Sorgen und Schicksalsschläge, aber auch große Gedanken und große Taten haben das Leben dieses alterwürdigen Monarchen ausgezeichnet. An seiner Bahre stehen die Völker der österreich-ungarischen Monarchie, steht das deutsche Volk zusammen mit denen des osmanischen Reichs und Bulgariens, um ihre Huldigung darzubringen den Manen des Monarchen, der länger als ein Menschenalter treue Bundesgenossenschaft gehalten und all sein Bestes eingesetzt hat, um die Völker zu dem zu führen, um was wir kämpfen, nämlich Unabhängigkeit, Freiheit und Selbständigkeit der Nation. Ehre dem Andenken des dahingeschiedenen treuen Bundesgenossen, des dahingeschiedenen Monarchen! (Die Abgeordneten haben die Ansprache stehend angehört.)

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Die auf der Tagesordnung stehenden Petitionen werden sämtlich ohne Debatte erledigt.

Präsident Dr. Kämpf schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, mit der Tagesordnung: Erste Beratung des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst.

Abg. Gröber (Ztr.) beantragt, auch die zweite Lesung dieses Gesetzes auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Dagegen erhebe ich Einspruch.

Es ist das nur zulässig mit Zustimmung des ganzen Hauses. Im Uebernehmen mit meinen Freunden erhebe ich deshalb Einspruch, weil wir in diesem ganzen Verfahren, das durch den jetzigen Antrag Gröber noch seine ausdrückliche Befristung erhält, in diesem Verfahren den Reichstag nicht in erster Linie über die Prinzipien des Gesetzes im voraus sich auszusprechen zu lassen, den Versuch erbliden, zu verhindern, daß die Bevölkerung unseres Landes über den Gesetzentwurf von ungeheurer Wichtigkeit zu früh und so gründlich wie möglich aufgeklärt wird. Nach unserer Auffassung muß das Gesetz, wenn es Gesetzeskraft erlangen sollte, die Wirksamkeit haben, die Arbeiterkraft des Reiches und der Verfügung über ihre Arbeitskraft zu berauben, sie der vollkommenen Anechtung und Ausbeutung zu überliefern. (Gr. Unruhe rechts, Rufo: Zur Geschäftsordnung! Glode des Präsidenten.) Das muß die Wirkung sein. (Präsident Kämpf läßt andauernd mit der Glode, worin die letzten Worte des Redners verloren gehen.)

Abg. Baffermann (natl.): Ich erhebe gegen diese Ausführungen den entschiedensten Widerspruch. Die bisherigen Vorbereitungen haben die

ganze große Wichtigkeit dieser Vorlage

bereits bewiesen. Es ist kein Zweifel, daß es vaterländische Pflicht ist, die tunlichst schnelle Verabschiedung dieser Vorlage zu fördern. Es empfiehlt sich nicht, die Beratungen in der Kommission jetzt zu unterbrechen, daher ist der Vorschlag des Herrn Präsidenten, der Kommission noch zwei Tage Fristraum freizulassen, durchaus gerechtfertigt. Im übrigen kann nach § 21 der Geschäftsordnung die erste und zweite Beratung in derselben Sitzung mit Stimmenmehrheit bei Feststellung der Tagesordnung beschlossen werden. Ich würde vorschlagen, angesichts der hohen Wichtigkeit der Vorlage und der Notwendigkeit, zu einer möglichst schleunigen Verabschiedung zu kommen, für die sich auch unsere Veresleitung mit wünschenswerter Energie eingesetzt hat, dem Antrag zuzustimmen, die erste und zweite Lesung am nächsten Mittwoch zu verbinden.

Abg. Gröber (Ztr.): Es ist mir natürlich nicht in den Sinn gekommen, mit meinem Antrag die erste Lesung irgendwie beschleunigen zu wollen, wie Abg. Ledebour mir dies unterstellt hat.

Abg. v. Bayer (Zp.): Der Antrag verlangt ja nichts weiter als die Möglichkeit zu schaffen, am Mittwoch auch in die zweite Beratung einzutreten. Wenn die erste Lesung eröffnet ist — eine solche Voraussetzung für dieselbe ist ja durch die Ausführungen des Abg. Ledebour uns bereits eröffnet worden (Heiterkeit), so können wir uns dann immer noch schlüssig machen, ob wir in die zweite Lesung eintreten wollen.

Abg. Scheidemann (Sozialdemokrat): Ich möchte vorschlagen, es bei dem Vorschlage des Herrn Präsidenten zu belassen,

nur die erste Lesung

auf die Tagesordnung zu setzen. Wir haben alle den dringlichen Wunsch, ich glaube, alle Parteien, daß über dies Gesetz sehr ausführlich geredet wird. Ergibt sich die Möglichkeit, am Mittwoch bereits in die zweite Lesung einzutreten, so kann das, wenn kein Widerspruch erfolgen sollte (Zuruf rechts), geschehen. Wenn Sie aber heute mit Mehrheit beschließen, daß wir beide Lesungen auf die Tagesordnung setzen, so macht das von vornherein einen Eindruck, von dem wir sicher nicht wünschen können, daß er irgendwie entsteht. Ergibt sich die Möglichkeit, besteht der Wunsch, wird kein Widerspruch erhoben (Erneute Zuruf rechts). — wollen Sie dann in die Beratung eintreten, wenn der heftigste Widerspruch dagegen erhoben wird? (Zuruf rechts: Eine Person genügt.) Das ist ganz einleuchtig, ich möchte auch nicht, daß irgend jemand sagen kann, er sei hier im Hause vergewaltigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb bitte ich, es dabei zu belassen, daß nur die erste Lesung auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Die Ausführungen der Herren Abg. Gröber und Baffermann lassen keinen Zweifel darüber, wie es kommen würde, wenn ihr Antrag angenommen wird. Schon diese sogenannten Vorbereitungen in der Budgetkommission haben gezeigt, welche ungeheure Wichtigkeit auch den einzelnen Paragraphen der Vorlage innewohnt, und daß es ohne gründliche Einzelberatung über die Richtigkeit und die Tragweite dieses Gesetzes gar keine Klarheit geschaffen werden kann. Wenn nun die erste und zweite Lesung an einem Tage vorgenommen wird, so würde die Einzelberatung damit übers die Bühne gehoben werden. Sie würden durch die Vorbereitungen innerhalb der Kommission eine fastige Arbeit machen, die ohne viel Neben vom Plenum des Hauses funktioniert werden soll. Sie selber reden von der ungeheuren Bedeutung dieser Vorlage und alle stimmen darin überein, daß ein Gesetz von solcher Tragweite überhaupt noch nicht durch den Deutschen Reichstag gegangen ist. Da ist es unverantwortlich von Ihnen gegenüber dem Volke (Große Unruhe rechts. Glode des Präsidenten). — Die letzten Worte des Redners gehen in der Unruhe verloren.

Abg. Weßkerp (Natl.): Trotz dem Abg. Ledebour werden wir die Verantwortung für das Verfahren, in dem wir glauben, das Gesetz zustande bringen zu müssen, zu tragen wissen. Denn, wie wir der Abg. Ledebour in dieser Rede glauben schon sehr gegen das Inkraftkommen des Gesetzes Einspruch

erheben zu können, müssen wir die Verantwortung dafür überlassen, daß sie ein Gesetz zu verhindern suchen, das als Herbeiführung des Sieges und des Friedens dienen soll. Gerade bei der Bedeutung des Gesetzes und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß das Gesetz bereits seit Donnerstag bekannt ist und wir Gelegenheit haben, es gründlich durchzuberaten, ist dies Verfahren durchaus gerechtfertigt.

Abg. Frhr. v. Camp (deutsche Fraktion): Herr Scheidemann meinte, wir sollten die erste Lesung abwarten und eventuell nach Schluß der ersten Lesung den Antrag auf zweite Lesung stellen; wenn dann der ganze Reichstag zustimmt, könnte die zweite Lesung sofort erfolgen. Glaubt der Abg. Scheidemann wirklich an die Möglichkeit, daß die Herren von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft dem Antrag zustimmen werden? Wir haben ja schon gehört, daß die Herren entschieden widersprechen. Wenn Sie also die Möglichkeit für die zweite Lesung haben wollen, so müssen Sie sich unserem Vorschlag anschließen. Wir haben dann die Möglichkeit, die zweite Lesung stattfinden zu lassen, sind aber nicht dazu gezwungen. Wir haben in der Kommission den Wunsch nach Verabschiedung bewiesen, und sind auch der Verabschiedung von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gibt es ja keine Verabschiedung.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Graf Weßkerp glaubt uns die Verantwortung zuweisen zu müssen, daß das Gesetz eventuell nicht zustande kommt. Diese Verantwortung tragen wir mit gutem Gewissen. Die Differenz zwischen uns besteht darin, wie wir die Wirkung dieses Gesetzes beurteilen. Graf Weßkerp glaubt, die Kriegführung würde durch das Gesetz erleichtert werden. Nach unserer Ansicht ist das ein Irrtum. Alles was Sie durch das Gesetz glauben erreichen zu können, läßt sich auch auf anderem Wege erreichen. Aber die Wirkung, daß den Arbeitern das Freizügigkeitsrecht genommen wird... (Schlußrufe und andauernd Glode des Präsidenten, so daß die weiteren Ausführungen des Redners verloren gehen.)

Der Antrag, auf die Tagesordnung am Mittwoch außer der ersten auch die eventuelle zweite Beratung des Gesetzes zu stellen, wird gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 2 Uhr.
Schluß 4 Uhr.

Die Verhandlungen im Hauptauschuss.

Abg. Weßkerp (deutsche Fraktion) trat der Behauptung entgegen, daß die Arbeiter das beabsichtigte Gesetz, wie es sich nach dem Entwurf gestalten würde, als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter auffassen, vielmehr werde es, und zwar mit Recht, aufgefassen als ein Ausnahmegesetz gegen die Drückbergere. Als solches könnte es sehr segensreich wirken, wenn es zweckmäßig durchgeführt werde. Dabei müßte auch auf die kleinen Geschäftsleute Rücksicht genommen werden. Dann begründete der Redner eingehend die Forderungen der Gewerkschaftsführer. Auch in der Landwirtschaft würden Arbeiterausschüsse durchaus segensreich wirken. Die Ausdehnung des Gesetzes auf die Frauen habe ganz besondere Bedeutung für die Landwirtschaft. Auch er müsse bestätigen, daß ein Teil der Frauen sich der stillen Pflicht zur Arbeit entzieht. Trotzdem sei es sehr zweifelhaft, ob der Zwang für die Frauen angemessen sei.

Abg. Mayer-Kaufbeuren (Zentr.): Vor allen Dingen ist es notwendig, die Rechtsgrundlage des neuen Gesetzes klar und bestimmt festzulegen. In Weß sei folgende Veranordnung betr. Vollstreckung zu erlassen worden, in der es heißt:

Wer der Arbeit nicht Folge leistet, kann zur Arbeitshilfe zwangsweise herangezogen werden.

Wer die Uebernahme der Arbeit oder die Fortsetzung der übernommenen Arbeit verweigert, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen milderer Umstände mit Haft oder Gefängnisstrafe bestraft.

Ein gleichlautender Erlass ist auch in Straßburg erschienen. Nach diesem Vorbild ist zu befürchten, daß auch dann, wenn das beabsichtigte Reichsgesetz erlassen sein wird, einzelne General-Kommandos sich die Befugnis herausnehmen werden, das Gesetz in einzelnen Bestimmungen aufzuheben oder in manchen Punkten zu ergänzen. Dann fragt der Redner an, ob zu der vaterländischen Dienstpflicht auch die Tätigkeit als Geistlicher gehöre.

Der Präsident des Kriegsausschusses erklärte, daß die Seelorge unangekündigt bleibe durch das neue Gesetz. Die Personen, die auf Grund des neuen Gesetzes zur vaterländischen Dienstpflicht herangezogen werden, bleiben Zivilpersonen und unterliegen den Zivilgesetzen, nicht aber den militärischen Gesetzen. Jedoch ist eine Ausnahme vorhanden, wenn diese Personen zum Heeresdienst gezogen werden. Dann kommen sie, wie es in solchen Fällen stets geschieht, unter die Militärstrafe. Der Erlass des Gouverneurs von Weß sei ihm unbekannt. Der Gouverneur sei augenblicklich hier und werde noch heute über die Sache gehört werden.

Abg. David (Sozialdemokrat) bezieht die Erklärung des Kriegsausschusses in Bezug auf das Verhältniß des General-Kommandos zu dem neuen Gesetz. Aber diese Erklärung genügt nicht. Wir müssen das neue Gesetz gegen den Delinquenzstand schützen. Ein solches Verfahren wie in Weß sei geradezu ungeheuerlich und unerträglich. Wir können den Zweck des Gesetzes, oder in dieser Form, wie der Entwurf jetzt vorliegt, sei er für uns unannehmbar, weil in dieser Form der Zweck des Gesetzes nicht erreicht werden kann. Auch könne dem Reichstag nicht zugestimmt werden, auf sein gesetzgeberisches Recht zugunsten des Bundesrats zu verzichten. Das steht im Widerspruch mit unserer Pflicht als Volksvertreter. Dadurch, daß der Reichstag am 4. August 1914 dem Bundesrat das Ernährungsrecht gewährt hat, habe er einen sehr großen Fehler begangen, denn der wirklich regierende Bundesrat ist das preussische Staatsministerium, und die Herren Eisenbahnminister Breiterbach, Bundesratssekretär v. Sporleuer und die anderen Herren des Reichsausschusses gegen den Eisenbahnerverband sei keine preussische Angelegenheit, sondern es handle sich um die Zulassung nach Inkrafttreten des beabsichtigten Reichsgesetzes die Herren im Bundesrat wirken werden. Und diese Herren sind stärker als der Reichsausschuss und als der Präsident des Kriegsausschusses. Aus dem beabsichtigten Gesetz werden viele Beschwerden entspringen. Sollen wir dann den Beschwerden antworten? Wir können nichts machen! Wir haben unsere Rechte preisgegeben! Keiner! Der Reichstag muß bei der Ausführung des Gesetzes dauernd und planmäßig mitwirken, nur so könne die ungeheure Leistung erreicht werden, die beabsichtigt wird. In dieser Beziehung sei England ein Vorbild. Dort seien gewaltige Leistungen erreicht, aber nur durch eines Zusammenwirkens der Regierung mit der Volkvertretung. Notwendig ist auch eine Fristsetzung des Gesetzes. Daher sei zu verlangen eine Bestimmung, nach der das Gesetz am 1. Juli 1917 außer Kraft tritt, falls der Reichstag nicht vorher das beabsichtigte Gesetz beschlossen hat. Die Zustimmung mit dem Gesetz wird zeigen, wo die bessere Seite anzuliegen ist. Dabei muß noch einigen Monaten unter den Augen des Reichstages Gelegenheit gegeben werden, das Gesetz von neuem zu besprechen und zu bestimmen, unter welchen Umständen das Gesetz wieder in Kraft treten kann. Wenn die Bestimmungen des Gesetzes nicht im Reichstag

über das Inkrafttreten des Gesetzes mit dem Reichstag eine Verständigung herbeigeführt werden muß, so werde dieses schon sehr segensreich wirken in Bezug auf die Durchführung des Gesetzes gleich in den ersten Monaten. Die von dem Reichsausschuss vorgelegenen Sicherheiten gegen Willkürmaßnahmen der Unternehmer müssen unter allen Umständen in das Gesetz hineinkommen. Unerlässlich ist eben eine Bestimmung, durch die der Profit der Unternehmer beschränkt werde. Andere Kreise müssen infolge des Gesetzes auch schwere materielle Opfer bringen, nur für die Unternehmer gelte noch der Grundsatz, daß sie während des Krieges höhere Profite erzielen dürfen als im Frieden.

Staatssekretär Helfferich: Daraus, daß, abgesehen von der einen Ausnahme, die der Präsident des Kriegsausschusses angeführt hat, alle Personen im vaterländischen Hilfsdienst den Zivilgesetzen unterliegen und nicht den Militärstrafen, ergibt sich auch, daß sie keinen Anspruch auf Familienunterstützung haben; denn diese Familienunterstützung ist nur bestimmt für Militärpersonen. Abg. David hat ohne Grund sich so schärf gegen die Reichsleitung und das preussische Staatsministerium gewendet. Diesem Gesetzentwurf hat die Reichsleitung zum ersten Male Richtlinien für die Durchführung beigegeben. Das ist ein ganz besonderes Entgegenkommen gegenüber dem Reichstag. Das Vorgehen des preussischen Eisenbahnministers in Sachen gegen den Eisenbahnerverband ist durchaus berechtigt. Die Schuld daran, daß es hier zu einer Verabschiedung nicht gekommen ist, liegt jetzt einzig und allein an dem Verbandspräsidenten; denn es genügt nicht, daß von den Vertretern der Generalkommission die Erklärung abgegeben wird, der Verband verzichte auf das Streikrecht, sondern das muß der Verband selbst ausdrücken und in seinen Satzungen bindend für alle Mitglieder festlegen. In bezug auf die Gewinne der Unternehmer wird es sehr schwer sein, allgemeine Grundsätze im Gesetz selbst festzulegen. Bieleicht wäre es zweckmäßig, das Kriegsgewinnsteuergesetz dahin zu präzisieren, ob nicht durch eine Veränderung des Gesetzes die Kriegsgewinne noch mehr eingeschränkt werden könnten als es bisher geschehen ist.

Abg. Weßkerp (Natl.): Das Vorgehen des preussischen Eisenbahnministers gegen den Eisenbahnerverband muß als durchaus berechtigt anerkannt werden. Im übrigen wendet sich der Redner namentlich gegen Ausführungen des Abg. Legien. Dem Abg. David sei zu erwidern, daß der Mangel an Arbeitern auf dem Lande überhaupt groß ist, und daß es daher die Großgrundbesitzer alle Hände geben müssen, die Arbeiter zu halten. Deshalb könne von einer massenhaften Behandlung der Arbeiter gar keine Rede sein. Der Antrag der Sozialdemokraten, daß der Reichstag über die weitere Dauer des Gesetzes erst ausdrücklich zu beschließen habe, sei sehr heilsam. Es muß die Sicherheit gegeben werden, daß das Gesetz während der ganzen Dauer des Krieges bestehen bleibt.

Abg. Siebert (Zentr.) bedauert, daß der Staatssekretär Helfferich nicht das Maß des Entgegenkommens auf die Forderungen der Gewerkschaften bewiesen habe, das notwendig sei, wenn das Gesetz zu zustande kommen soll, wie der Staatssekretär es wünsche. Freilich liegt die Schwierigkeit der Verabschiedung nicht an der Person des Herrn Staatssekretärs, sondern an anderer Stelle. Das Kriegsministerium habe dem 7. Armeekorps geschrieben, daß es sich bemühen soll, um die Arbeiterausschüsse durchzuführen. Das General-Kommando des 7. Armeekorps hat sich an die Handelskammer in diesem Sinne gewendet, die Handelskammer an die in Betracht kommenden Werke. Trotzdem sei nicht ein Fall bekannt geworden, in dem die Arbeiterausschüsse eingeführt worden sind. Das, was die Arbeiter verlangten, seien nur Forderungen guter bürgerlicher Sozialpolitik und gehen über dieses Ziel nicht hinaus. Welche Wirkung würde es auf die Arbeiter haben, wenn zwar auf der einen Seite gegen sie der Zwang ausgeübt wird, aber zugleich Sicherheiten abgelehnt werden, die unbedingt notwendig sind. Auch in dem Eisenbahnerkonflikt könne er nicht dem Staatssekretär und dem preussischen Eisenbahnminister zustimmen. Er hat vielmehr den Eindruck, daß der preussische Eisenbahnminister die Not des Krieges benutzt, um der Organisation des Arbeiterverbandes, was er im Frieden nicht hat durchsetzen können. Werden nicht die Forderungen der Gewerkschaften erfüllt, dann kann das Gesetz nur zu Unbelohnen unter dem Widerspruch sämtlicher Arbeitervertreter. Und das wäre ein Unglück.

Abg. Koske (Sozialdemokrat): Wir können zu Verhandlungen kein Vertrauen mehr haben. Die Antwort des Staatssekretärs in bezug auf den Eisenbahnerkonflikt beweist, daß in der Tat diesen Herren das Verhältniß für die Verhältnisse und das Empfinden der Arbeiter durchaus fehlt. Welch ein Geist im preussischen Eisenbahnministerium herrscht, beweist folgende Tatsache: Einer der maßgebenden Herren des preussischen Eisenbahnministeriums sei in diesen Tagen darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Erlasse des Eisenbahnministers, von denen in der jetzigen Verhandlung ausführlich die Rede war, große Erregung bei den Eisenbahnern hervorgerufen werde. Der Herr antwortete: Die Erregung läßt sich durch den Schillingen besänftigen. Im übrigen ist der Standpunkt des Herrn Eisenbahnministers unwiderstehlich festgelegt. Da können die Herren im Reichstag und Landtag reden, was sie wollen, ändern werden sie nichts. Richtig ist auch, daß der Gewinn der Kriegslieferanten beschränkt werde. Hierzu müßte ein zweckmäßiger Weg gefunden werden. Auf den Antrag, daß über die Verlängerung des Gesetzes über den 1. Juli 1917 hinaus der Reichstag gehört werden müsse, können wir nicht verzichten.

Ein Vertreter des preussischen Eisenbahnministers versichert, daß das, was der preussische Eisenbahnminister von dem Eisenbahnerverband verlangt, durchaus keinmalig entspricht, was die Regierung seit jeher als unbedingt notwendig bezeichnet hat. Er könne aus eigener Ueberzeugung versichern, daß keiner der maßgebenden Herren im Eisenbahnministerium eine solche Antwort gegeben habe, wie sie der Abg. Koske vorgelesen hat. Er wäre dankbar, wenn der Abg. Koske ihm, wenn auch nur privatim, die nähere Mitteilung darüber macht.

Abg. Wajinger (Ztr.) verlangt eine möglichst große Schonung der Verhältnisse in der Landwirtschaft.

Abg. Gröber (Ztr.): Unbedingt muß eine Entschädigung derjenigen Unternehmer durchgesetzt werden, deren Betriebe geschlossen oder eingeschränkt werden. Eine Kündigung der Kriegsgewinne kann in dieser Beziehung nicht genügen. Der Reichstag muß das Mittel haben, die zu hohen Preise für Kriegsmaterial herunterzuziehen. Wo der Lohn der Arbeiter gedrückt wird, muß den Unternehmern der Aufschlag entzogen werden. Staatssekretär Helfferich verspricht, daß den Forderungen des Abg. Gröber möglichst Rechnung getragen werden solle.

Die nächste Sitzung findet am Montag vormittag 10 Uhr statt.

Parteiangelegenheiten.

Ein Jubilar. Genosse, Stadtverordneter und Reichstagsabgeordneter Ferdinand Ewald in Berlin feiert am 26. November seinen 70. Geburtstag. Er war schon 1884 Stadtverordneter und wurde durch einen ausserordentlichen Witz zum Pastor Sieder in weiten Kreisen bekannt. Während des Sozialkrieges mußte Ewald die Reichshauptstadt verlassen. Seit 1900 vertritt er den 6. Gemeinderwahlbezirk in der 3. Wahlkreis. 1870/71 nahm er an dem Feldzug gegen Frankreich teil. Seine jahrzehntelange fruchtbarste Tätigkeit wurde in seinen letzten Jahren geleistet. Er hat an der Reichstagsarbeit teilgenommen. Die nächsten Verhandlungen des Reichstags werden im nächsten Monat stattfinden.

Stadt-Theater

Donnerstag 7 Uhr: Letztes Gastspiel Kommerzienrätin Leo Slezak

Lobe-Theater: Freitag 7 1/2 Uhr: Neuer Chama-Abend

Thalia-Theater: Montag und Dienstag 7 1/2 Uhr: Die goldene Eva

Schauspielhaus: Operetten-Rühne: Freitag 8 Uhr: Die Kallierin

Abonnement-Konzert: Leitung: Prof. Dr. Georg Dolra

Vereinigung: Orchester-Verein u. Singakademie

Abonnement-Konzert: Leitung: Prof. Dr. Georg Dolra

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

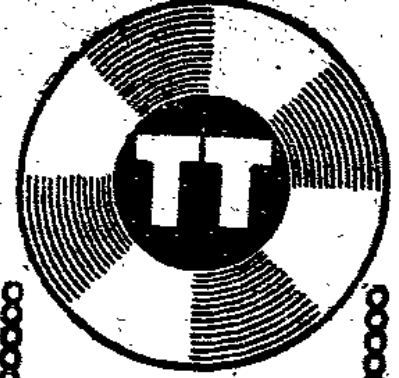
Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!

Liebig Theater: Heute abends 8 Uhr: Nur noch 4 Tage!



Nordische Schlager-Woche: 2 Erstausführungen hervorragender Filme

Husaren-wette



Das humorsprudelnde Lustspiel in 5 Akten mit Waldemar Psilander

Am Tage des Gerichts

Erschütterndes Gesellschaftsdrama in 4 Akten mit Ebba Thomsen

Zähne, Plomben etc.

Zahnärztliche mit Bekanntheit: Umrah u. Ben. schnell u. billig

Botten = Federn

Wieder zu verkaufen: Böttcher, Friedrichstraße 18 am Hauptbahnhof

Damen-Filzhüte direkt

Volle, Lack- und Samt- u. Filzhüte: in der Fabrik

Gelegenheitskäufe

Fürs Feld sachgemäße Verpackung: Versch. Apparate

Kultur und Nation

Preis 15 Pf.: In begrenzter Anzahl die Geschieden.

Serlauf

Sinderrwagen: Preis 15 Pf.

Höchstpreise für Zwiebeln: Aufhebung der örtlichen Kleinhandels-höchstpreise für Hafernährmittel

Ergänzung zur Anordnung über Wildpreise: I. Durch die Verordnung vom 4. November 1916 sind Höchstpreise für Zwiebeln aus der Ernte 1916 beim Verkauf durch den Erzeuger festgesetzt worden

Table with columns for dates (Som 15. Dezember 1916-14. Januar 1917) and prices (für 50 kg, für 1 Pf.).

II. Nachdem durch Verordnung vom 2. November 1916 für das ganze Reich gültige Kleinhandels-höchstpreise für Zwiebeln, Lauchgrün und Lauchzwiebel festgesetzt worden sind

III. Erwähnt zu weiterer Anordnung vom 19. Oktober 1916 über Kleinhandels-höchstpreise für Zwiebeln an Stelle der bisherigen Höchstpreise

IV. Durch die Verordnung vom 19. Oktober 1916 über Kleinhandels-höchstpreise für Zwiebeln an Stelle der bisherigen Höchstpreise

Der Magistrat hiesiger Königlichen Haupt- u. Residenzstadt

Eine Viehzählung

Mit dem Beschlusse des Bundesrats vom 1. Dezember 1916 im Deutschen Reich festzusetzen: Die für die Viehzählung im Jahre 1916 im Deutschen Reich festzusetzen

Die Ausführung der Viehzählung wird in dieser Stadt vom Magistrat mit der Viehzählbehörde gemeinschaftlich verwaltet

Die Viehzählung erfolgt am 1. Dezember 1916 im Deutschen Reich festzusetzen: Die für die Viehzählung im Jahre 1916 im Deutschen Reich festzusetzen

Die Ausführung der Viehzählung wird in dieser Stadt vom Magistrat mit der Viehzählbehörde gemeinschaftlich verwaltet

Die Viehzählung erfolgt am 1. Dezember 1916 im Deutschen Reich festzusetzen: Die für die Viehzählung im Jahre 1916 im Deutschen Reich festzusetzen

Der Königl. Polizeipräsident. Der Magistrat.

Fische billiger!!

Nur billiger: Fischhandel: Preis 15 Pf.

Fische billiger!!: Nur billiger: Fischhandel: Preis 15 Pf.

Bekanntmachung: In der Woche vom 27. November bis 3. Dezember 1916 werden auf Kartoffelmarken folgende Kartoffelmengen abgegeben:

Auf die roten Marken Nr. 15 und 16 je 3 Pfund, auf die graue Zusatzmarke für Schwerarbeiter Nr. 14Z— 3 Pfund und auf die grüne Zusatzmarke für Schwerarbeiter Nr. 14Z— 4 Pfund.

Der Magistrat. Elektrische Straßenbahn Breslau.

Infolge der Einschränkungen, welche der Verkehr in den Gast- und Schankwirtschaften durch zeitigeren Schluß am Abend erfährt, sowie der Notwendigkeit, an wichtigen Gegenständen für den Betrieb zu sparen wird dieser von Montag, den 27. November ab, abends um eine Stunde früher als bisher sein Ende erreichen.

Eine allgemeine Volkszählung

Mit dem Beschlusse des Bundesrats am Freitag den 1. Dezember 1916, im Deutschen Reich festzusetzen: Die für die allgemeine Volkszählung im Jahre 1916 im Deutschen Reich festzusetzen

Die Ausführung der Volkszählung wird in dieser Stadt vom Magistrat mit der Volkszählbehörde gemeinschaftlich verwaltet

Die Volkszählung erfolgt am 1. Dezember 1916 im Deutschen Reich festzusetzen: Die für die Volkszählung im Jahre 1916 im Deutschen Reich festzusetzen

Die Ausführung der Volkszählung wird in dieser Stadt vom Magistrat mit der Volkszählbehörde gemeinschaftlich verwaltet

Die Volkszählung erfolgt am 1. Dezember 1916 im Deutschen Reich festzusetzen: Die für die Volkszählung im Jahre 1916 im Deutschen Reich festzusetzen

Der Königl. Polizeipräsident. Der Magistrat.

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt-Inserate: in der Volkswacht kosten die kleine Zeile nur 15 Pfennige

Stellmacher, Holzarbeiter: für lohnende Heeresarbeit stellt ein

Schmiede, Stellmacher u. Kutscher: für städtische Markstallverwaltung gesucht

Böttcher: für lohnende Heeresarbeit sucht

Motorschlossen: Eine ältere Art wird tagtäglich in geüblicher Handarbeit gefertigt

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. November.

An unsere Parteimitglieder und ihre Angehörigen.

Zum Heeresdienst einberufene Parteimitglieder, die zur Arbeit beurlaubt werden, und aus dem Heeresdienst entlassen-

Alle Genossen, die zum Heeresdienst eingezogen werden, haben ihr Mitgliedsbuch im Sekretariat zur Aufbewahrung abzugeben.

Ferner bitten wir die Angehörigen unserer im Kriege gefallenen Mitglieder, uns die Todesnachricht sofort mitzuteilen.

Wohnungsveränderungen sind den Bezirkskassierern möglichst vor dem Umzuge zu melden, damit keine Verzögerung in der Beitragskassierung eintritt.

Parteimitglieder, die nicht oder nicht regelmäßig kassiert werden, bitten wir das Parteisekretariat, Margaretenstr. 17, II, Zimmer 26 - geöffnet von 8 bis 1 und 4 bis 7 Uhr - zu benachrichtigen.

Dort werden auch Aufnahmen für den Sozialdemokratischen Verein und Bestellungen auf die „Volkswacht“ entgegengenommen.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.

Die Schonung schwer betroffener Familien.

Die Nachrichtenabteilung des Kriegsministeriums bringt nunmehr folgendes zur öffentlichen Kenntnis:

Das Kriegsministerium hat Anordnung getroffen, daß bei Verwendung der Mannschaften auf die Familienverhältnisse der oft durch schwere Blutopfer hart geprägten Familien Rücksicht zu nehmen ist und daß Familienväter mit vielen Kindern möglichst nicht dauernd in vorderster Linie Verwendung finden.

Das Erscheinen dieser Anordnung war schon vor einigen Tagen von uns angekündigt worden.

Zu der Ladenschluß-Verordnung

Es noch nachzutragen, daß dieselbe vom General-Commando auf den ganzen Bereich des 6. Armee-Korps ausgedehnt worden ist und daß zu den Geschäften, die um 7 Uhr schließen, müssen, auch die Zigarrengeschäfte und die Barbierere gebrören. Das war für Messern am Sonnabend eine sehr heiklige Angelegenheit, denn für beide stellt die Zentralzeit von 7 bis 9 Uhr die volle Geschäftstzeit der ganzen Woche dar und da nur ein Teil der Kunden schon Kenntnis von der Verordnung hatte, kamen die meisten nicht früher und die ganze Einnahme ging verloren. Was das bei den jetzigen Umständen bedeutet, wissen leider nur wenige. Besonders die Kleinhändler und Verkäufer, die alle Tabak, Zigarren und Zigaretten führen, bis 8 Uhr offen bleiben und dort jetzt das eingekauft wird, was man früher bei ihnen holte. Dem Handel wäre, wie wir schon andeuteten, am besten abgeholfen, wenn man alle Läden um 7 Uhr schließt. Schließens- und ähnliche Geschäfte machten am Sonnabend teilweise schon freiwillig um 7 Uhr zu und das geht auch bei den anderen, überhaupt in den Wochenagen. Dafür kann Sonnabends die Stunde gewährt werden. Sie geschlossenen Läden üben in den großen Verkehrsstraßen am Sonnabend schon einen eigentümlichen Eindruck aus, es sah um 1/2 8 Uhr aus wie sonst um 11 Uhr abends, da auch die Schaufensterbeleuchtung fehlt.

Mutterrecht.

Roman von Friedrich Lehmann.

(Nachdruck verboten.)

Neunzehntes Kapitel.

Im Arbeitszimmer des Barons - oder der Bibliothek, wie es öfter und wahlender genannt wurde - erwarteten Doktor Amaroll und Polizeikommissar Mittag den Eintritt des Herrn von Wolfers und seiner Hausdame. Der Kommissar hatte absichtlich seinen Platz nahe der Tür gewählt, er spielte nur die Rolle eines Schreibers des Anwalts und durfte sich, ohne daß es auffallen konnte, beschreiben im hinter- oder richtiger Vordergrund halten. Der Rechtsanwalt hatte einen Sessel an einem in der Mitte des hochgelegten eingerichteten Zimmers stehenden Tisches eingenommen. Er befand sich, der Situation angemessen, in einer gewissen Unruhe, die höflich-zerstreute Miene, die er seinem Opfer entgegenzutragen mußte, ward ihm nicht leicht. Jetzt trat sie an der Seite des Hausherrn ein: völlig unbefangenen, sich der Würde ihrer Stellung bewußt, erwiderte sie mit freundlichem Reigen den Gruß des Besuchers, während sie gegen den „Schreiber“ holz mit dem Kopfe nickte. Baron von Wolfers, bereits informiert, präsentierte ihr galant einen Sessel neben dem seinen, sie nahm darauf Platz, ohne zu ahnen, daß man sie absichtlich am weitesten von der Tür platziert hatte.

„Und nun, Herr Doktor“, rebete der Baron den Rechtsanwalt an, „sehen wir gern zu Ihrer Verfügung. Was für ein Anliegen haben Sie eigentlich an uns?“

„Sie sehen mich ein wenig in Verlegenheit“, antwortete der Anwalt. „Ich weiß gar nicht, ob es noch einen Zweck haben wird, über diese Angelegenheit mit Ihnen zu verhandeln.“

„Warum nicht?“

„Die Lage der Dinge hat sich seit heute morgen einigermaßen geändert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß meine Klientin bald in Freiheit gesetzt werden wird - dann regelt sie besser alles selbst.“

Bei den Worten „in Freiheit gesetzt“ sah er Fräulein Albanus verhalten ins Auge: kein Zweifel, sie erschrak und wandte ihre großen Augen mit einem Ausdruck von Spannung nach ihm hin.

„In Freiheit gesetzt?“ wiederholte Wolfers aufsehend hoch erhaben. „Bei der habe her gegen sie erlassenen Strafe - ich habe für ausgeschlossen.“

Die Theater passen sich den veränderten Zeitverhältnissen dadurch an, daß sie die Vorstellungen eine halbe Stunde früher eröffnen und von heute an hören alle Straßenbahnen eine Stunde früher auf. Die Nachtwagen sollen weg. Es wäre sehr erwünscht, daß die Kontore und Bureau, die in der Anordnung nicht genannt sind, sich allgemein dem Streikschluß anschließen. Denn ein Teil davon ist sowieso mit Läden verbunden.



In vier Wochen ist Weihnachten!

Wo bleibt die Erhöhung der Familienunterstützung? Millionen Kriegerfamilien warten drauf!

6 Pfund Kartoffeln statt 7 Pfund.

In der Deputations-Sitzung vom 25. November 1916 wurde festgestellt, daß in der letzten Woche die städtischen Kartoffelvorräte infolge des mehrstündigen Frostes nicht zugenommen und in den letzten Tagen sogar eine Abnahme erfahren haben. Nach Eintritt milderer Witterung ist die Zufuhr zwar bereits wieder schärfer geworden; es müßte aber doch, besonders für den Fall neu eintretenden Frostes, mit der Möglichkeit eines eintretenden Kartoffelmangels gerechnet werden, wenn die bisherige Menge von 7 Pfund wöchentlich für jeden Kopf der Bevölkerung weiter gegeben werden sollte. Es wurde daher in der Sitzung angesetzt, nach dem Beispiel anderer Städte bereits jetzt auf die Kartoffelmengen nur zum Teil Kartoffeln, im übrigen aber Erdbeeren auszugeben. Die Deputaten hat beschlossen, hieron zunächst Abstand zu nehmen, in der nächsten Woche jedoch auf die beiden Kartoffelmengen statt der bisherigen 7 Pfund nur 6 Pfund Kartoffeln liefern zu lassen; die Zulagen für Schwerarbeiter und Schwerkranker bleiben mit 3 Pfund und 7 Pfund unverändert bestehen. Gehaltet sich die Zufuhr weiter günstig, so wird vielleicht schon in der folgenden Woche zu dem früheren Satz von 7 Pfund für jeden Kopf zurückgekehrt werden können. Zunächst wird sich für das eine Pfund Kartoffeln in den billigen Gemüsen, besonders Erdbeeren, Ersatz finden lassen, die zurzeit noch in großen Mengen hier käuflich sind. Ferner wird in der nächsten Woche der Magistrat auch in der Lage sein, Marmelade und Syrup zur Verfügung zu stellen.

Krieg und Krankenkassen.

Zur amtlichen Kritik in der „Volkswacht“ vom 20. November ist zur weiteren Aufklärung noch folgendes zu sagen: Im Reichs-Gesetzblatt Nr. 261 ist am 15. November 1916 unter anderem angeordnet worden, daß der § 1, Absatz 2 der Bekanntmachung vom 28. Januar 1915 (R.-GBl. Seite 49) und § 5, Absatz 1 der Bekanntmachung über Weiterveränderung bei den Krankenkassen vom 5. Juli 1916 (R.-G. 655) aufgehoben sind. Sie belegen folgendes: Wer bei der Entlassung zurzeit seiner Erkrankung mindestens 6 Wochen ununterbrochen oder in 12 Monaten nach-

weislich 26 Wochen Mitglied einer Kasse war, konnte sich innerhalb drei Wochen nach Ausscheiden aus versicherungspflichtiger Beschäftigung als freiwilliges Mitglied weiter versichern.

Ein großer Teil der Kriegsteilnehmer hatte dieses zu Anfang des Krieges unterlassen.

Dem kam die Verordnung vom 28. Januar 1915 zu Hilfe, die diesen gegen Krankheit versichert gewesen Kriegsteilnehmern das Recht einräumte, ihre freiwillige Mitgliedschaft fortsetzen zu dürfen, auch wenn sie es vorläufig nicht hatten, diesen Anspruch innerhalb der ersten drei Wochen nach Aufhören aus versicherungspflichtiger Beschäftigung bei der Kasse zu melden.

Nur wurde die Bedingung daran geknüpft, daß wenn eine Krankheit beim Wiedereintritt bereits bestand, dafür die Krankenkasse keine Leistungen gewähren brauchte, weder Arzt noch Medikamente.

Diese Bedingung ist durch die neue Verordnung vom 16. November beseitigt.

Dasselbe trifft bei den Mitgliedern der Ersatzklassen zu. Am 15. Juli 1916 wurde von dem Reich zur Mitgliedschaft während der Gefangenschaft, daß er für seine bereits etwa bestehende Krankheit keine Ansprüche an die Kasse stellen darf.

Jetzt können sich die Kriegsteilnehmer, die vor ihrer Einberufung Mitglieder einer Krankenkasse oder Ersatzklasse waren, als freiwillige Mitglieder melden und bekommen bei bestehender Krankheit, vorausgesetzt daß sie vorher mindestens 6 Wochen bezw. 26 Wochen versicherungspflichtig waren, Arzt, Medizin und Krankengeld. Und noch ein weiteres ist gewährleistet. Die §§ 214 und 313 der Reichs-Veränderungsverordnung regelt das Recht des Anspruches auf die Klassenleistungen und der freiwilligen Mitgliedschaft. Es ist jedoch auch hier Bedingung, daß man in den letzten zwölf Monaten 26 Wochen Mitglied oder ununterbrochen 6 Wochen bei der Kasse versichert gewesen sein muß.

Dadurch, daß Kriegsteilnehmer schon länger als zwölf Monate im Felde sind, konnte diese Vergünstigung durch die Tatsache, daß die Kasse aber nicht kommen und sagen, du warst rückgekehrter Krieger den Verlust gemacht haben, zu arbeiten, und wurde aus freier Hand einem Grunde die Arbeit niederlegen. Doch wenn die Kasse aber nicht kommen und sagen, du warst noch nicht sechs Wochen bei uns Mitglied, oder innerhalb 12 Monaten 26 Wochen bei anderen Kassen nicht versichert, wie nehmen dich nicht als freiwilliges Mitglied auf.

So kommt die Verordnung vom 16. November 1916 und bestimmt in diesem Falle: Die Zeit der militärischen Dienstleistung vor dem Ausscheiden aus der Versicherung ist nicht anzurechnen. Und ein anderes ist zu beachten. Früher war Gesetz: Sobald man aus dem Heeresdienst entlassen, kann man sich innerhalb sechs Wochen nach der Entlassung bei der Kasse als Mitglied anmelden.

Nun ist zu befürchten, daß nach Beendigung des Krieges der Anbruch auf dem Arbeitsmarkt so groß ist, daß Kriegsteilnehmer dort stehend schlecht dauernde und lohnende Beschäftigung erhalten.

Die neue Verordnung besagt nun: Sitt in nach der Entlassung etwa bis sechs Wochen arbeitslos geblieben, so kann sich diese Zeit nicht angerechnet werden. Die Anwartschaft besteht nach Beendigung der Arbeitslosigkeit weitere sechs Wochen.

Das ist der Sinn der neuen Verordnung vom 16. November 1916, die in der Amtssprache für den Laien schwer verständlich ist.

Volkszählung und Viehzählung am 1. Dezember.

Freitag, den 1. Dezember wird in ganz Deutschland eine Volkszählung vorzunehmen. Jedermann ist verpflichtet, die nötigen Angaben zu machen.

Am 1. Dezember ist auch eine Viehzählung; sie erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen und Ferkelvieh. Näheres über die Zählungen im Anzeigenteil.

Schreibweise für Zwiebeln.

Der Magistrat gibt Schreibung für Zwiebeln bekannt. Ein Pfund kostet im Kleinhandel bis zum 14. Dezember 1916 16 Pf. Der Preis steigt von Monat zu Monat um 1 Pfennig für das Pfund; vom 15. 4. 17 an kostet ein Pfund Zwiebeln 21 Pf. (Siehe Anzeigenteil.)

Die Landes-Versicherungskasse Schlesia hat am 15. Dezember in Breslau ihre Jahresversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. eine Vorlage über die Einrichtung von Beratungstellen für Geschlechtskranke.

„Der Zusammenstoß ist auch ein anderer“, berichtete ihn der Jurist. „Man glaubt fast Zeichen und Wunder, wenn man hört, was geschehen ist. Ein geheimnisvolles Zeugnis ist völlig dem Staatsanwalt zugegangen, dessen Sinn kein geringerer ist als der: Frau von Wolfers ist nicht die Mörderin.“

„Neben den fest zusammengekniffenen Lippen färbten sich die Wangen der Hausdame einige Nuancen blässer. Doch verharrete sie in tiefem Schweigen.“

„Unmöglich“, rief der Baron. „Die Beweise sind doch unüberleglich.“

„Die Frau Baronin verweigerte standhaft ihr Geständnis.“

„Zunehmend - von wem stammt das Zeugnis? Was befragt es?“

„Von wem es stammt, darf ich nicht angeben. Aber es ist eine Person, die gut unterrichtet sein muß, sehr gut. Sie weiß die französischen Details anzuführen. Sie hatten doch die Frau Baronin überrascht, als sie das Giftfläschchen in der Hand hielt, gnädiges Fräulein?“

„Ja? Ja - ja wohl“, kammelte die Hausdame.

„Nun hören Sie, was jene Person erzählt. Sie behauptet, Sie, gnädiges Fräulein, beobachtet zu haben, wie Sie zu einer anderen Zeit in das Zimmer neben der Krankenkuve schlichen und verholten das Medizinfläschchen aus der Tasche gegen, um Ihre Krugier zu befrachten. Ist das nicht wahr?“

„Wahr“, rief Fräulein Albanus, wieder um einige Nuancen bleicher werdend.

„Bei dieser Gelegenheit, berichtete jene Person, sei es gewesen, daß Sie sich eine so genaue Kenntnis des Fläschchens erworben, um es vor Gericht mit absoluter Sicherheit identifizieren zu können. Sie erklärt, das Erkennungszeichen habe in einem ganz kleinen, nur bei näherer Betrachtung zu unterscheidenden Defekt am unteren Rande des Fläschchens bestanden. Ist das nicht eine merkwürdige Behauptung? Wie will, wie kann die Person wissen, woran Sie das Fläschchen erkannten?“

„Das sind ja erstaunliche Beobachtungen“, gab der Baron seiner Verwunderung Ausdruck. „Ich lasse noch gelten, was herbliche Augen sehen können - wenn sich Fräulein Albanus wirklich von ihrer Krugier hätte hinreißen lassen, was ich mir gar nicht denken kann, so konnte sie dabei beobachtet werden. Aber das mit dem Unterstreichungsmerkmal - hm - sonderbar - das kann man doch nicht sehen, daß sie das wusste - gibt es denn Menschen, die Gedanken lesen können?“

„Es scheint so“, entgegnete der Anwalt.

„Nicht wahr, Theresia, das ist doch alles bärer Krampf?“ wandte sich Wolfers gegen seine Hausgenossin.

„Es ist zu dumm, als daß es sich lohnte, eine Silbe darüber zu verlieren“, bröhte das Opfer mühsam hervor.

„Die geheimnisvolle Person berichtet noch viel mehr.“ fuhr Amaroll mir ruhiger Stimme fort. „Sie hat auch die Täterin belauscht, wie sie das Gift mit der Medizin mischte.“

„Ein Weib war es, kein Mann. Das Gift kam nicht aus dem Fläschchen der Baronin, sondern aus einem anderen, auch habe sich das Gericht nicht nur, sondern auch die Baronin selber, sowie Schwester Marie in betreff der Zeit getäuscht. Die Manipulation sei schon am Abend vorher vorgenommen worden, als die Schwester fortgegangen war und die Frau Baronin einmal auf wenige Minuten das Zimmer verlassen hatte, um einen Blumenstrauß mit frischem Wasser zu tränken.“

Die Hausdame sah bewegungslos da, den Oberkörper weit vorgebeugt, den Kopf tief herabgebeugt, beide Hände auf dem Tische ruhend. Der Ausdruck einer unerhörten Spannung lag auf ihren Zügen, manchmal öffnete sie häufig die Lippen, als müßte sie im unbetannten etwas hinunterzuschlucken. Was mochte in ihrem Innern vorgehen? Der „Schreiber“ lehnte sich anheftend unbetannt um das Vorgehende in seinen Stuhl zurück, er beschattete seine Augen mit der Hand, aber unter dieser Hand zielten seine Blicke wie zwei Flintenrohre auf sein Opfer, und jede Muskel an ihm war in Bereitschaft. So bot er das Bild eines zum Sprunge bereiten Tigers.

„Gerichtlich ist aber doch festgestellt, daß die Krugier morgens noch unvermüdet war“, warf der Baron ein. „Mein armer Sohn hat doch davon genommen und -“

„Das ist ein Irrtum - wie die Person es darstellt, habe das Kind an jenem Morgen überhaupt keine Krugier bekommen. Doch damit nicht genug: jene Person ist auch der Täterin gefolgt, als sie ausging, hat das Morphem zu beschaffen.“

„Wahrhaftig!“

Weihnachtsliebeshaben

Für das aktive Grenadier-Regiment Nr. 11.

Unter Bezugnahme auf die Aufrufe vom 16. November wird gebeten, Geldpenden baldigst an das Bankhaus...

Die Oberschiffahrt.

Ueber die Oberschiffahrt in der vergangenen Woche schreibt der Breslauer Schiffsahrtsverein u. a.: Circa am Montag...

Vorsicht beim Laufen von Flugzeugen!

Es wird gewarnt: In letzter Zeit haben sich mehrfach Unglücksfälle ereignet, daß Personen sich unvorsichtig...

Gründungsbericht.

In der Woche vom 5. bis 11. November sind nach Zusammenstellungen des statistischen Amtes in Breslau 60 Ehen geschlossen worden.

Phosphorsäure zur Simonsenderzeugung.

Bei einem Versuch in Straus wurde die Folgebildung einer weißen Ammoniumsulfatmasse, zur Gewinnung...

Breslauer Schauspielhaus.

Die Hebermann von J. Straus.

Seine der Kaiserin... Die Hebermann von J. Straus... Ein Bericht über die Aufführung...

Wiederum dem Schmecker aus Breslau geliefert worden. Dieser hatte sich...

Ein eintägiges Geschäft.

Als im Juli bei dem Kaufmann Georg Wachtel und dem Milchhändler Julius Weig...

Senfel Alkohol.

Vor dem Breslauer Schöffengericht hatte sich am Sonnabend ein Bauarbeiter...

Der Arbeiter-Krieg-Kalender für 1917... Ein Bericht über den Kalender...

Kapitel in dieses Material... Das Jahr 1917 bringt den hundertsten Geburtstag...

Schwerer Betriebsunfall... Der Strohbrandstrolche 6 wohnhafte Mühlenbauer...

Theater, Konzerte und Vergnügungen... Lobes-Theater... Die Sonnabend-Vorstellung von...

Neueste Nachrichten.

Sitzung des amerikanischen Kabinetts.

Rotterdam, 26. November. Laut 'Nieuwe Rotterd. Cour.' wird aus Washington...

König Ferdinand ruft um Hilfe.

Wien, 27. November. Die 'Wiener Allgemeine Zeitung' meldet aus Petersburg...

Schwedischer Einpruch.

Stockholm, 25. November. Anlässlich der Verlesung des schwedischen...

Aus aller Welt.

Explosion in einer französischen Fabrik... Die 'Hain' aus... Ein Bericht über die Explosion...

Bei einer Kahnfahrt... Der 50 Jahre alte Arbeiter Genrich... Ein Bericht über die Kahnfahrt...

